



# EU-Monitoring N° 1

---

Jahresende 2020 / Januar 2021

Stand: 03.02.2021

<b>1</b>	<b>Aus gegebenen Anlass</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Europäische Union</b>	<b>2</b>
2.1	Institutionen	2
2.1.1	Europäische Kommission	2
2.1.2	Europäischer Rat	2
2.1.3	Rat der EU	2
2.1.4	Europäisches Parlament	5
2.2	Instrumente	6
2.2.1	Kindergarantie	6
2.2.2	Europäische Säule Sozialer Rechte	6
<b>3</b>	<b>Europarat</b>	<b>7</b>
3.1	Deutscher Vorsitz im Ministerkomitee	7
<b>4</b>	<b>Aktuelle Themen</b>	<b>8</b>
4.1	Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen	8
4.2	Soziale Rechte	8
4.3	Kinder & Jugend	8
4.4	Ältere Menschen & Pflege	9
4.5	Geschlechtergleichstellung	9
4.6	LGBTI	10
4.7	UN Agenda 2030	10

# 1 Aus gegebenen Anlass

Zum Start ins neue Jahr 2021 fassen wir das [Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2021](#) (Stand: 19. Oktober 2020, de) aus sozialpolitischer Sicht zusammen:

Das übergeordnete Ziel ist, die **Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu bewältigen** und die Europäische Union im **ökologischen und digitalen Wandel zukunftssicher** zu machen. In sechs Abschnitten stellt das Arbeitsprogramm für 2021 Gesetzgebungsinitiativen zu den sechs Zielen der [politischen Leitlinien](#) (de) von Präsidentin von der Leyen vor.

Aus sozialpolitischer Sicht sind die folgende Punkte relevant:

- „**Die europäische Säule sozialer Rechte** wird der Kompass für die Erholung Europas und unser bestes Mittel sein, um zu gewährleisten, dass dabei niemand zurückgelassen wird. Wir werden einen ehrgeizigen Aktionsplan vorlegen, um die Säule vollständig umzusetzen. Der Aktionsplan wird das zentrale Instrument sein, mit dem diese Kommission mittel- und langfristig zu gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erholung und Resilienz beiträgt und dabei gleichzeitig das Ziel verfolgt, beim digitalen und ökologischen Wandel für größere soziale Gerechtigkeit zu sorgen.
- Mit der gleichen Zielsetzung wird die von Präsidentin von der Leyen in ihren politischen Leitlinien angekündigte neue **europäische Kindergarantie** darauf abzielen, Kinderarmut zu verringern und Ungleichheiten abzubauen und zu diesem Zweck sicherstellen, dass alle Kinder Zugang zu Basisdiensten erhalten, wie Gesundheitsdiensten und Bildung.
- Die Kommission wird weiter an einer **Union der Gleichheit** arbeiten und das Engagement Europas für den Schutz der Werte der EU, für Inklusion und Gleichheit in allen Bereichen fortführen, unabhängig davon, ob es um Geschlecht, Rasse oder ethnische Herkunft, religiöse Überzeugung, Behinderung, Alter oder sexuelle Ausrichtung geht.
- In diesem Zusammenhang wird die Kommission eine **EU-Strategie zugunsten der Rechte von Menschen mit Behinderungen** vorstellen, um die vollständige Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.
- In einer **EU-Strategie für Kinderrechte** wird es darum gehen, Kinder und junge Menschen auf die Teilhabe am demokratischen Leben in der EU vorzubereiten, gefährdete Kinder und die Rechte der Kinder im Internet besser zu schützen, eine kinderfreundliche Justiz zu fördern und Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen.
- Die Kommission strebt weiterhin den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul an, wird zwischenzeitlich jedoch einen neuen Vorschlag zur **Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt** vorlegen. Sie wird außerdem vorschlagen, die Liste der Straftaten mit europäischer Dimension um alle Formen von Hasskriminalität und Hassrede zu erweitern.“

**Weiterer Lesetipp:** Analyse des Europäischen Parlaments: [10 issues to watch in 2021](#) (en)

## 2 Europäische Union

### 2.1 Institutionen

#### 2.1.1 Europäische Kommission

Die Europäische Kommission hat am 27. Januar ein **Grünbuch zum Thema Altern** „Förderung von Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen“ ([en](#) | [de](#)) veröffentlicht, welches die Herausforderungen des demographischen Wandels darlegt und die Koordination der europäischen Politik unterstützen soll. Bis zum 21. April können zivilgesellschaftliche und politische Akteure auf allen Ebenen in einer **öffentlichen Konsultation** ([en](#)) dazu Stellung nehmen, um weitere Handlungsbedarfe für ältere Menschen zu identifizieren.

#### 2.1.2 Europäischer Rat

Der Europäische Rat trat am 21. Januar via Videokonferenz zusammen: [Zusammenfassung](#) ([de](#)) der wichtigsten Ergebnisse.

Wie die EU und seine Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie zusammenarbeiten wird anschaulich auf der Rats-Webseite [5 ways the EU and member states work together against Covid-19](#) ([en](#)) dargestellt.

#### 2.1.3 Rat der EU

##### 2.1.3.1 Ratspräsidentschaft

Das **Trioprogramm**<sup>1</sup> ([de](#)) des Rats der EU vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2021, in dessen Zeitraum die **Ratspräsidentschaften von Deutschland, Portugal und Slowenien** fallen, wurde bereits im Juni 2020 veröffentlicht. Durch den Wechsel der Ratspräsidentschaft von Deutschland auf Portugal wird an dieser Stelle erneut auf wesentliche Themen hingewiesen:

- Förderung der Zusammenarbeit und Einigkeit unter den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie,
- Erhaltung eines gerechten und sozialen Europas bei gleichzeitiger weltweiter Förderung europäischer Interessen und Werte. Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Rechtsstaatlichkeit, von Gleichberechtigung, Menschenrechten und gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen unter Einbeziehung der während der Pandemie gemachten Erfahrungen,
- Gewährleistung eines transparenten und europaweiten digitalen Wandels unter Wahrung der Menschenrechte,

---

<sup>1</sup> Das Trioprogramm gewährleistet eine reibungslose Übergabe des Vorsitzes von einem EU-Mitgliedstaat an den anderen durch eine Planung für 18 Monate. Dabei werden Themen benannt, welche während der jeweiligen Vorsitze nach Maßgabe der Strategischen Agenda 2019–2024 angegangen werden sollen.

- Entwicklung umfassender, dauerhafter und krisenfester Lösungen im Bereich der Migration.

Ende Dezember 2020 haben **Deutschland, Portugal und Slowenien** eine **Trio-Erklärung zum Altern** (en) veröffentlicht und darin ihren gemeinsamen Ansatz für Autonomie und Partizipation im Alter bekräftigt. Die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten werden aufgerufen, die Rechte älterer Menschen in allen politischen Bereichen zu berücksichtigen und in der Gestaltung politischer Maßnahmen eine ganzheitliche Perspektive auf Lebensverläufe einzunehmen. Zudem sollten ältere Menschen aktiv in politische und zivilgesellschaftliche Prozesse einbezogen werden. Nach der **Konferenz** (de) und den **Ratsschlussfolgerungen** (de) zur Stärkung der Rechte älterer Menschen unter der deutschen Ratspräsidentschaft, plant die portugiesische Ratspräsidentschaft Ratsschlussfolgerungen zur Berücksichtigung des Alters in allen politischen Bereichen. Slowenien wird in seinem Vorsitz ab dem 1. Juli 2021 die Lebenslaufperspektive in allen politischen Maßnahmen mitberücksichtigen.

#### 2.1.3.1.1 Portugiesische Ratspräsidentschaft (1. Januar bis 30. Juni 2021)

Am 1. Januar 2021 hat Portugal die EU-Ratspräsidentschaft übernommen ([offizielle Webseite](#)) und folgt damit dem Programm der Trio-Ratspräsidentschaft Deutschland – Portugal – Slowenien (1.1.3.1). Im **portugiesischen Präsidentschaftsprogramm Es ist Zeit zu handeln: für eine gerechte, grüne und digitale Erholung** (de) steht die gemeinsame Überwindung der Coronavirus-Pandemie und die Bewältigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen im Fokus. Dabei wurden **drei Schwerpunkte** gesetzt:

1. Förderung einer durch die grüne und digitale Wende vorangetriebenen Erholung in Europa
2. Umsetzung der sozialen Säule der Europäischen Union als Grundelement zur Sicherung einer gerechten und inklusiven grünen und digitalen Wende
3. Stärkung der strategischen Autonomie eines weltoffenen Europas.

Im **Bereich „Soziales Europa“** geht es um die **„Aufwertung und Stärkung des europäischen Sozialmodells“**: „Die EU muss ihr Sozialmodell aufwerten und stärken und den Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen vermitteln, damit sie sich von der Krise erholen und für den klimapolitischen und digitalen Wandel bereit sind. Sie muss außerdem Sorge dafür tragen, dass dabei niemand zurückbleibt. Nur ein stärkeres, gerechteres und inklusiveres soziales Europa kann die sozialen Auswirkungen der Pandemie meistern und ein generationsübergreifendes Gleichgewicht, die Zukunft der europäischen Jugend und das Wohlergehen aller sicherstellen.“

Dieses Ziel soll zum einen mit der **Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und des entsprechenden Aktionsplans** erreicht werden. Im Mittelpunkt steht dabei der **Sozialgipfel im Mai 2021 in Porto**, der politische Impulse für die Europäische Säule geben und „ihre zentrale Rolle für die europäische Erholung und für die Anpassung an den klimapolitischen, digitalen und demografischen Wandel hervorheben soll“.

Dem „Thema Geschlechtergleichstellung sowie den politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, Armut und sozialer Ausgrenzung in allen Querschnittsdimensionen“ soll Aufmerksamkeit geschenkt werden und „dabei den besonderen Schutz der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen miteinbeziehen“.

- „Im Bereich der **EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025** werden wir den verpflichtenden Maßnahmen zur Lohntransparenz und dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen.
- Wir werden zur Reflexion über die **Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen** insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, in Bezug auf das Einkommen und die Möglichkeiten, Beruf und Privat- und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen, anregen.
- Wir werden die Förderung der sozialen Kohäsion in den Mittelpunkt stellen. Dies beinhaltet den **Kampf gegen Armut (insbesondere Kinderarmut), soziale Ausgrenzung und Diskriminierung** genauso wie die Förderung der Sozialwirtschaft, der sozialen Innovation, des aktiven Alterns, der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und der Kinderrechte. In diesem Bereich setzen wir den Schwerpunkt auf die neue **Euro-päische Kindergarantie** und die neue **EU-Kinderrechtsstrategie**.
- Wir werden uns mit **Folgemaßnahmen zum Grünbuch über das Altern** befassen, das die Kommission insbesondere zur Frage der bereichsübergreifenden Behandlung des Alterns in allen Bereichen der öffentlichen Politik vorlegen wird.
- Der Ratsvorsitz wird den **10. Jahrestag des Übereinkommens von Istanbul** mit einer Konferenz begehen, die im April in Lissabon stattfinden soll. Dort wird im Vordergrund stehen, wie wichtig die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt ist, die beide als Menschenrechtsverletzungen und Formen der Diskriminierung anerkannt sind. [...]
- Wir werden einen **rechtebasierten Ansatz zur Jugendpolitik** mit besonderem Schwerpunkt auf der Beteiligung der Jugend an den Entscheidungsprozessen und den Governance-Plattformen verfolgen. Dies steht im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung und der EU-Jugendstrategie 2019-2027 („Räume und Beteiligung für alle“).
- Wir werden die Relevanz und den Beitrag der Mobilität und der Jugend- und Bildungspolitik herausstellen. In diesem Sinne wird die **Einführung des Programms Erasmus+ sowie des Europäischen Solidaritätskorps** im Juni in Viana do Castelo eine Priorität darstellen.“

### 2.1.3.2 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Der EPSCO-Rat tritt am 15. und 16. März zusammen: Alle [Informationen](#) (de) zu dieser Tagung.

### 2.1.3.3 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Die Ratsformation für Bildung, Jugend, Kultur und Sport tritt am 19. Februar zusammen: Alle [Informationen](#) (de) zu dieser Tagung.

## 2.1.4 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist vom 18.-21. Januar zur ersten Plenarsitzung in 2021 zusammengetreten.

- In einer **Entschließung zur EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter** ([en](#) | [de](#)) begrüßten die Abgeordneten die Strategie als ehrgeizig, kritisierten jedoch den Mangel an konkreten Zielvorgaben und Überwachungsinstrumenten.  
Hintergründe zum Thema zusammengestellt vom Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments „Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung trotz der Pandemie und der bestehenden Herausforderungen“ ([en](#) | [de](#))
- Das Parlament verabschiedete eine **Entschließung zu der geschlechtsspezifischen Sichtweise in der COVID-19-Krise** und der Zeit danach ([en](#) | [de](#)). Die Abgeordneten betonten die Notwendigkeit geschlechterspezifische Maßnahmen in allen Aspekten der Krisenbewältigung während der Coronavirus-Pandemie und danach einzubinden, um Frauenrechte zu schützen. Insbesondere die Bedürfnisse intersektional betroffener Gruppen, beispielsweise ältere Frauen in Pflegeheimen, Migrantinnen und LGBTIQ-Personen, müssten besonders berücksichtigt werden.
- **Übersicht** ([en](#)) der **LGBTI Intergroup** des Europäischen Parlaments zu Debatten und Abstimmungen der Plenarsitzung 18.-21. Januar 2021 die das Thema Menschenrechte von LGBTI-Personen beinhalten.
- Zur Bewältigung der sozialen Folgen der Coronavirus-Pandemie werden den EU-Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel für Armutsbetroffene durch die **EU-Institutionen** bereitgestellt, die bis Ende 2023 eingesetzt werden können. Diesem Vorschlag stimmte das Europäische Parlament zu ([Pressemitteilung](#), de). Bezogen werden die Gelder aus der **Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU)** ([en](#)), deren Mittel unter anderem über den **Europäischen Hilfsfond für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD)** ([en](#)) bereitgestellt werden.
- **Zusammenfassung** ([en](#)) der Hauptthemen der Plenarsitzung des **Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments**.

Die nächste Plenarsitzung findet vom 8.-11. Februar statt: [Tagesordnung](#) ([en](#)).

### 2.1.4.1 Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM-Ausschuss)

- Der **FEMM-Ausschuss** hat eine [Stellungnahme zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit im Kontext der Digitalisierung \(en\)](#) veröffentlicht. Darin wird unter anderem eine Beseitigung der geschlechtsbezogenen Diskrepanz in der digitalen Wirtschaft und den MINT-Berufen sowie die Verwendung von geschlechtsbezogenen Daten bei der Nutzung Künstlicher Intelligenz gefordert.

## 2.2 Instrumente

### 2.2.1 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten [Kindergarantie \(en\)](#) ist die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen in fünf Bereichen: frühkindliche Bildung und Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnen. Die Kindergarantie – wahrscheinlich in Form einer Ratsempfehlung – wird für das erste Quartal 2021 erwartet.

- **Eurofound** hat im Januar 2021 den Policy Brief [Education, healthcare and housing: How access changed for children and families in 2020 \(en\)](#) veröffentlicht. Dieser dokumentiert Veränderungen beim Zugang zu sozialen Diensten in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum in der EU-27 zwischen 2018–2019 und Sommer 2020. Vor dem Hintergrund der erwarteten Kindergarantie sollen diese Entwicklungen bei der Gestaltung politischer Maßnahmen mitberücksichtigt werden können.

### 2.2.2 Europäische Säule Sozialer Rechte

Die [Europäische Säule sozialer Rechte \(de\)](#) wurde am 17. November 2017 von Parlament, Rat und Kommission unter Jean-Claude Juncker proklamiert und soll soziale Rechte für Bürgerinnen und Bürger aufbauend auf 20 Grundsätzen der drei Dimensionen 1) Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2) Faire Arbeitsbedingungen sowie 3) Sozialschutz und soziale Inklusion gewährleisten.

- Am 15. Januar 2021 hat die portugiesische Präsidentschaft gemeinsam mit der Europäischen Kommission zu einem **Sozialgipfel** am 7. Mai in Porto [eingeladen \(en\)](#). Ein Hauptbestandteil des Gipfels soll der **Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte** sein.
- Hintergrund: Der Aktionsplan wurde von der Europäischen Kommission für Beginn 2021 angekündigt. Die Kommission hatte hierzu 2019 einen Austausch mit den Mitgliedstaaten, Regionen und Partnern in der Zivilgesellschaft gestartet, in dem bis zum 30. November 2019 Vorschläge eingebracht werden konnten.



## 3 Europarat

### 3.1 Deutscher Vorsitz im Ministerkomitee

Im Rahmen eines digitalen Morning Briefings des BMFSFJ und der Beobachtungsstelle gab Staatssekretärin Juliane Seifert am 27. Januar Einblicke in die Arbeit und Themenschwerpunkte des Ministeriums für den deutschen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats. Die Präsentation ist auf der [Veranstaltungswwebseite](#) (de) verfügbar.

Wichtige kommende Termine im Rahmen des Vorsitizes sind:

- **Mitte März:** Gender Equality Commission (GEC) Side Event bei Jahressitzung der VN-Frauenrechtskommission (virtuell)
- **4.-5. Mai:** Konferenz zur Prävention und Bekämpfung von Kinderhandel und zur Stärkung des Opferschutzes (Straßburg)
- **Anfang Mai:** Internationaler Austausch zum Thema „Flüchtige Inhalte im Netz“ (in Kooperation mit Jugendschutz.net und Neue Deutsche Medienmacher) (virtuell)
- **11. Mai:** Gemeinsame Veranstaltung zum 10-jährigen Jubiläum der Zeichnungsauflegung der Istanbul-Konvention und der Jahreskonferenz der Gender Equality Commission (GEC) (virtuell)
- **Mitte Mai:** Veranstaltung zum 10-jährigen Jubiläum der Empfehlung des Ministerkomitees gegen Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität (Kooperation mit SOGI-Unit des Europarats<sup>2</sup>)

---

<sup>2</sup> Die Sexual Orientation and Gender Identity Unit (SOGI-Unit) im Europarat wurde gemäß der Empfehlung CM/Rec (2010)5 des Ministerkomitees eingesetzt. Die Anlaufstelle bietet den Mitgliedstaaten technische Unterstützung und Fachwissen und hilft bei der Verbesserung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus unterstützt die SOGI-Unit die Mitgliedstaaten beim Aufbau von Kapazitäten sowie beim Austausch bewährter Praktiken und bei der Sensibilisierung.



## 4 Aktuelle Themen

### 4.1 Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen

- Im Fokus der vom **European Anti Poverty Network (EAPN)** veröffentlichten [Poverty Watch Reports](#) (en) steht im Jahr 2020 die Entwicklung von Armut und sozialer Exklusion in den europäischen Staaten im Licht der Coronavirus-Pandemie. Der [Bericht für Deutschland](#) (en) identifiziert die von Armut am stärksten betroffenen Gruppen und gibt Handlungsvorschläge zur wirksamen Unterstützung dieser.
- Das **European Social Observatory (OSE)** hat gemeinsam mit der **European Trade Union Institute (ETUI)** die aktuelle Version der jährlichen Herausgabe der State of Play Reihe veröffentlicht: Die aktuelle Ausgabe [Social policy in the European Union: state of play 2020](#) (en) hat den Schwerpunkt „Facing the pandemic“. Die Autor\*innen sehen die „crisification“ von EU-Politiken insbesondere auch als Chance die europäische Integration weiter zu vertiefen und neue Fortschritte im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erreichen. Begleitend zum Launch der Veröffentlichung fanden drei thematische Online-Seminare statt, deren [Mitschnitte](#) (en) auf youtube verfügbar sind.
- Das **Weltwirtschaftsforum** fand in diesem Jahr vom 25. bis 29. Januar [virtuell](#) (en) statt. Im Mittelpunkt stand die Debatte um die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Erholung nach der Coronavirus-Pandemie und die Herausforderungen im Jahr 2021.

### 4.2 Soziale Rechte

- **SOLIDAR** hat den [Social Rights Monitor 2019](#) (en) veröffentlicht. Dieser informiert über den Stand der Umsetzung sozialer Rechte in u.a. 14 EU-Mitgliedstaaten Belgien, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Slowakei, Spanien und den Niederlanden. Neben einer Gesamtauswertung wurden Einzelauswertungen zu den einzelnen Staaten veröffentlicht.

### 4.3 Kinder & Jugend

- Die **Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder (EPIC)** hat zum dritten Mal seinen jährlichen Trendbericht [Developments in Child and Family Policy in the EU in 2019](#) (en) veröffentlicht. Dieser fasst politische Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Familienpolitik in den 27 EU-Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich im Jahr 2019 zusammen.
- **Eurochild** veröffentlichte im Zuge ihres Online-Seminars aus dem November 2020 zur Unterstützung der Bildungswege von Kindern in Pflegeeinrichtungen eine [Literaturliste mit Best-Practices](#) (en) aus verschiedenen Staaten sowie eine [Darstellung des englischen Ansatzes „Virtual Schools“](#) (en). Anlass war die bildungsbezogene Benachteiligung von in Pflegeeinrichtungen lebenden Kindern, die durch das Home-Schooling im Rahmen der Coronavirus-Pandemie zusätzlich verstärkt wurde.

- Das von der Europäischen Kommission geförderte „**Me-We**“-Projekt (*Psychosocial Support for Promoting Mental health and wellbeing among adolescent young carers in Europe*) hat ein umfassendes [Handbuch](#) (en) für verschiedene Stakeholder aus Politik, Gesundheits- und Sozialdiensten, Bildungs- und Jugendeinrichtungen zum Umgang und Unterstützung von „Young Carers“ – Kinder oder junge Menschen die ihre Angehörigen oder Freunde pflegen – veröffentlicht.

#### 4.4 Ältere Menschen & Pflege

- Die **Generalversammlung der Vereinten Nationen** hat am 14. Dezember 2020 die Jahre 2021-2030 zur [Decade of Healthy Ageing](#) erklärt. Basierend auf der [Global strategy and action plan on ageing and health \(2016-2030\)](#) (en) sollen Regierungen, Zivilgesellschaft, internationale Organisationen, Fachleute, Hochschulen, Medien und der Privatsektor gemeinsam Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens älterer Menschen, ihrer Familien und der Gemeinschaften vorantreiben. Die **WHO** wird unter Zusammenarbeit mit anderen relevanten internationalen und regionalen Organisationen die Arbeit leiten ([Proposal for a Decade of Healthy Ageing \(2020-2030\)](#), en).
- **Eurofound** hat den Bericht [Long-term care workforce: Employment and working conditions](#) (en) zu den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Langzeitpflege in der EU veröffentlicht. In diesem werden auch Maßnahmen diskutiert, um den Sektor attraktiver zu machen, informelle Arbeitsverhältnisse zu verhindern und die Situation vulnerabler Gruppen zu verbessern.
- Die **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)** hat das Themenheft [Über Grenzen hinweg aktiv. Internationale Zusammenarbeit für die Rechte älterer Menschen in der Corona-Pandemie](#) (de) veröffentlicht. Neben Austausch guter Praxis geht es auch um den gemeinsamen Einsatz für die Rechte älterer Menschen und Instrumente auf internationaler Ebene wie die UN Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und eine mögliche UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen.

#### 4.5 Geschlechtergleichstellung

- **Veranstaltungshinweis:** Vom 15. bis 26. März 2021 findet die **UN-Frauenrechtskommission**<sup>3</sup> mit dem Schwerpunktthema Frauen im öffentlichen Leben und in Entscheidungsprozessen, Beendigung der Gewalt und Gleichstellung statt. In einer gemeinsamen Veranstaltung am 23. Februar 2021 werden **UN Women Deutschland** und der **Deutsche Frauenrat** über die [65. Sitzung](#) (de) vorab informieren ([Informationen und Anmeldung](#), de).
- **UN Women** hat die Studie [Whose time to care: Unpaid care and domestic work during COVID-19](#) (en) mit Daten aus fast 50 Ländern herausgegeben. Anhand derer werden

---

<sup>3</sup> Die Frauenrechtskommission ist das zentrale Organ der Vereinten Nationen im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie wurde am 21. Juni 1946 als funktionale Kommission des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) eingerichtet. Die FRK hat 45 Mitglieder, die durch den ECOSOC nach regionalen Gesichtspunkten für vier Jahre gewählt werden. Ab April 2019 wird Deutschland wieder Mitglied der Frauenrechtskommission sein. Zuvor war Deutschland von 1997 bis 2017 ununterbrochen Mitglied.

die Folgen der Coronavirus-Pandemie im Hinblick auf die Zunahme unbezahlter Sorgearbeit für Frauen (und parallel Reduzierung der bezahlten Arbeit) verdeutlicht.

- In der neuen Ausgabe von **#BerlinPerspectives des Instituts für Europäische Politik** diskutiert die Autorin Prof. Dr. Gabriele Abels in ihrem Beitrag [Making progress, fighting rollback](#) (en) aktuelle Entwicklungen und Rückschritte in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter in mehreren EU-Mitgliedstaaten. Abels analysiert dabei vor allem die Rolle der Deutschen Ratspräsidentschaft und betont, dass die Gleichstellung der Geschlechter wesentlich stärker in den Vordergrund gerückt sei. Doch auch wenn Gleichstellungsmaßnahmen in dem offiziellen Programm der Ratspräsidentschaft angeführt werden, fehle ein ganzheitlicher Ansatz. Anschaulich beschreibt sie die Einflüsse der Coronavirus-Pandemie, die Frauen in spezifischer Weise betrifft und fordert abschließend, die Gleichstellung der Geschlechter und Gewalt gegen Frauen zu zentralen Themen der kommenden Ratspräsidentschaften zu entwickeln.

#### 4.6 LGBTI

- Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt **BEST4OLDERLGBTI – Best Interest for the Older LGBTI** hat am 19. Januar eine Reihe virtueller Workshops zum Erfahrungsaustausch und weiteren Nutzbarmachung der Ergebnisse des Projekts durchgeführt. Die umfangreichen [Präsentationen](#) (en) der Referent\*innen sind auf der Projektseite weiterhin verfügbar.
- Ein Meinungsartikel im **eu observer** ['Rainbow families' not recognised across half of EU](#) (en) beschäftigt sich mit dem Thema, was die neue **EU LGBTIQ Gleichstellungsstrategie für Regenbogenfamilien in der EU bedeutet**. Der Artikel basiert auf Daten aus dem von der Europäischen Kommission veröffentlichten Bericht [Leave policies and practice for non-traditional families](#) (en) von 2019, der von RAND Europe research für die European Platform for Investing in Children (EPIC) verfasst wurde.

#### 4.7 UN Agenda 2030

- Das **Global Policy Forum** hat den Bericht [Agenda 2030: Wo steht die Welt? 5 Jahre SDGs – eine Zwischenbilanz](#) veröffentlicht. Dieser beinhaltet Analysen zum Stand des Umsetzungsprozesses der Nachhaltigen Entwicklungsziele in Deutschland und der Welt sowie Zahlen, Fakten und Fallbeispiele zu jedem der 17 Ziele.